

Landeshauptstadt Dresden · Postfach 12 00 20 · 01001 Dresden

Landeshauptstadt Dresden
Umweltamt

Stadtreinigung Dresden GmbH
Pfotenhauerstr. 46
01307 Dresden

Abteilung Wasser- und Boden-
schutzbehörde

Ihr Zeichen	Unser Zeichen 86.42-44-0210/03711 253006/24	Es informiert Sie Frau Lindner	Zimmer W213	Telefon (03 51) 4 88 94 67 (03 51) 4 88 99 94 03(Fax)	E-Mail ULindner2@dresden.de	Datum 09. JULI 202
-------------	---	-----------------------------------	----------------	---	--------------------------------	-----------------------

Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes

Stadtreinigung Dresden GmbH, Betriebsstandort Altonaer Straße 15
Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser

1. Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 7. Dezember 1994, AZ: 86.42-44-10/03711

Die Landeshauptstadt Dresden erlässt in ihrer Funktion als untere Wasserbehörde gegenüber der Stadtreinigung Dresden GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer, ansässig Pfotenhauerstraße 46 in 01307 Dresden – im Folgenden Antragstellerin genannt – folgenden **Änderungsbescheid**:

I.

1. Der Tenor I.1. der wasserrechtlichen Entscheidung vom 7. Dezember 1994, AZ: 86.42-44-10/03711 wird geändert und vollständig durch nachfolgenden Wortlaut ersetzt:

Der Antragstellerin wird die wasserrechtliche Erlaubnis erteilt, zum Zweck der Niederschlagswasserbeseitigung ausschließlich nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser von den nachfolgend genannten Flächen am Standort Altonaer Str. 15 in 01159 Dresden, Flurstück 331/1 der Gemarkung Friedrichstadt, unter Voraussetzung der Einhaltung der Nebenbestimmungen in Nr. III. dieses Bescheides in den Untergrund zu versickern.

Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE58 8505 0300 3159 0000 00
BIC: OSDDDE31XXX

Deutsche Bank
IBAN: DE81 8707 0000 0527 7777 00
BIC: DEUTDE33XXX

Sitz: Grunaer Str. 2 · 01069 Dresden
Telefon (03 51) 4 88 62 01
Telefax (03 51) 4 88 99 62 01

Sie erreichen uns über die Haltestellen:
Pirnaischer Platz
Sprechzeiten:
Mo: 9 - 12 Uhr
Di, Do: 9 - 12 Uhr und 13 - 17 Uhr

Postbank
IBAN: DE77 8601 0090 0001 0359 03
BIC: PBNKDE33

Commerzbank
IBAN: DE 76 8504 0000 0112 0740 00
BIC: COBADE33XXX

E-Mails:
umweltamt@dresden.de

stadtverwaltung@dresden.de-mail.de
www.dresden.de

Für Menschen mit Behinderung:
Parkplatz, Aufzug, WC



Herkunft des Niederschlagswassers	Angeschlossene befestigte Fläche A/A _u in m ²	1. vorgeschaltete Reinigungsanlage 2. Versickerungsanlage Koordinatensystem: ETRS89/UTM33N
Flurstück 331/1 Gemarkung Friedrichstadt Dach Werkstatt und Waschhalle	944 / 944	1. Absetzschächte R 2 und R3 2. Rohrigole DN 300 L * B * T = 45,00 m * 0,80 m * 0,50 m Ostwert: 409449 Nordwert: 5656004
Flurstück 331/1 Gemarkung Friedrichstadt Dach Ersatzneubau Sozialcontainer und Dach Schadstoffsammelcontainer	160 / 152	1. Zulaufschacht mit Siebeimer und Absetzraum 2. Füllkörperrigole L * B * H = 6,40 m * 1,60 m * 0,66 m Ostwert: 409432 Nordwert: 5656115

2. Das Datum „31.12.2024“ in Nebenbestimmung 2.5 wird durch das Datum „31. Juli 2049“ ersetzt.
3. Folgende Nebenbestimmungen werden nach Ziffer 2.6 angefügt:
 - 2.7 Der Inhaber der Erlaubnis hat sicherzustellen, dass sich im hydraulischen Einflussbereich der Versickerungsanlagen keine Verunreinigungen, d. h. keine schädlichen Bodenveränderungen oder Altlasten i. S. des § 2 BBodSchG befinden. Schädliche Bodenveränderungen, insbesondere ungeeignete Auffüllungen oder bisher unbekannte Altlasten sind im hydraulischen Einflussbereich der Versickerungsanlagen bis zum gewachsenen sauberen Boden zu entfernen und durch geeignetes, nachweislich kontaminationsfreies Material zu ersetzen.
 - 2.8 Die unterirdischen Versickerungsanlagen sind oberirdisch dauerhaft durch Beschilderung zu kennzeichnen. Auf dem Schild sind mindestens die Art, die Größe und die Tiefe der Versickerungsanlage sowie das Baujahr anzugeben. Für die bestehende Versickerungsanlage für die Werkstatthalle ist die Beschilderung bis zum 31. Dezember 2024 nachzurüsten.
 - 2.9 Die Inbetriebnahme der Versickerungsanlage für die Containeranlage ist der unteren Wasserbehörde innerhalb von zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Mit der Anzeige sind der unteren Wasserbehörde folgende Unterlagen zu übergeben:
 - Nachweis der Kennzeichnung der Versickerungsanlage gemäß Ziffer III.2.8 (Foto)
 - 2.10 Die Versickerungsanlagen sind regelmäßig zu kontrollieren sowie ordnungsgemäß zu warten und instand zu halten. Die Wartung der Anlagen und die ordnungsgemäße Entsorgung der entnommenen Stoffe sind in einem Betriebsbuch zu dokumentieren. Die Aufzeichnungen sind mindestens drei Jahre aufzubewahren.
 - 2.11 Bei Störfällen auf den an den Versickerungsanlagen angeschlossenen Flächen ist der Zufluss zu den Versickerungsanlagen umgehend zu verschließen und die untere Wasserbehörde (Tel.: (0351) 4 88 62 41) zu verständigen. Die Entwässerungsanlagen sind nach Abschluss des Störfalls gründlich zu reinigen. Der Zufluss zur Versickerungsanlage darf erst nach Freigabe durch die untere Wasserbehörde wieder geöffnet werden.



2.12 Auflagen- und Widerrufsvorbehalt

Die Erteilung weiterer Auflagen und Bedingungen sowie der Widerruf der erteilten Erlaubnis bleiben vorbehalten, soweit sich dies als erforderlich erweist.

4. Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Gebühr wird auf 311,24 Euro festgesetzt. Auslagen sind nicht entstanden. Der Gesamtbetrag in Höhe von 311,24 Euro ist gemäß anliegender Kostenlegung auf eine der angegebenen Bankverbindungen der Landeshauptstadt Dresden zu erstatten.

II. Antrags- und Entscheidungsunterlagen

Diesem Bescheid liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ wasserrechtliche Erlaubnis vom 7. Dezember 1994, AZ: 86.42-44-10/03711 mit den dazugehörigen Antragsunterlagen
- /2/ Schreiben der S. I. G. Dr. Ing. Steffen GmbH Dresden vom 18. August 2010
- /3/ E-Mail vom 10. Juni 2024, Stadtreinigung Dresden GmbH, Frau Trautewig
- /4/ Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis vom 10. April 2024 mit Anlagen

Der Antrag /4/ mit Anlagen ist Bestandteil dieses Bescheides und liegt gesiegelt bei.

Begründung

I

Die Stadtreinigung Dresden GmbH betreibt am Standort Altonaer Straße 15 einen Wertstoffhof. Mit Bescheid vom 7. Dezember 1994 wurde ihr die wasserrechtliche Erlaubnis für die Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser von Dachflächen eines Werkstatt- und Waschhallengebäudes sowie von Abstellflächen erteilt. Davon wurde nur die Versickerungsanlage für die Dachentwässerung des Werkstatt- und Waschhallengebäudes umgesetzt. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist bis zum 31. Dezember 2024 befristet. Mit E-Mail vom 10. Juni 2024 beantragte die Antragstellerin die Verlängerung der wasserrechtlichen Erlaubnis.

Weiterhin plant die Antragstellerin den Ersatzneubau der Annahme-, Personal- und Sozial-Container. Das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser soll über eine Füllkörperrigole in den Untergrund versickert werden. Mit Antrag vom 10. Juni 2024 beantragte die Stadtreinigung Dresden GmbH die dafür erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis.

Die Antragstellerin wurde mit Schreiben vom 2. Juli 2024 zum Entwurf des Bescheides angehört.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den Akteninhalt verwiesen.

II

Die sachliche Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde zum Vollzug des WHG für den vorliegenden Antrag liegt gemäß den §§ 109 Abs. 1 Nr. 3 und 110 Abs. 1 SächsWG vor. Die Aufgaben der unteren Wasserbehörde werden innerhalb der Landeshauptstadt Dresden durch das Umweltamt wahrgenommen. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 3 Abs. 1 VwVfG i. V. m. § 1 SächsVwVfZG. Die Gewässerbenutzung erfolgt im Stadtgebiet Dresden.

Die beantragte Versickerung stellt gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG eine Benutzung des Grundwassers dar (Einleiten von Stoffen in das Grundwasser) und bedarf gemäß § 8 Abs. 1 WHG einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Ein Ausnahmetatbestand nach § 8 Abs. 2 WHG ist nicht gegeben.



Die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis erfordert, dass Beeinträchtigungen des Grundwassers und des Allgemeinwohls oder erhebliche Nachteile, Gefahren und Belästigungen für andere Grundstücke, Bauten oder sonstige Anlagen nicht eintreten können. Das Grundwasser ist nach § 47 WHG so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und seines chemischen Zustandes vermieden wird, alle signifikanten und anhaltenden Trends ansteigender Schadstoffkonzentrationen auf Grund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeit umgekehrt werden und ein guter mengenmäßiger und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden. Der Antrag wurde geprüft. Aufgrund der nur sehr kleinräumigen Auswirkungen der Versickerung sind nachteilige Auswirkungen auf den Grundwasserkörper nicht zu erwarten.

Nach § 57 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. Abs. 2 WHG darf eine Erlaubnis nur erteilt werden, wenn die Menge und die Schädlichkeit des Abwassers so geringgehalten werden, wie dies bei Einhaltung des jeweils in Betracht kommenden Verfahrens nach dem Stand der Technik möglich ist. Grundlage für die Erlaubnisfähigkeit der Versickerung des Niederschlagswassers im vorliegenden Fall bilden damit die Anforderungen aus dem einschlägigen technischen Regelwerk, hier das DWA-Merkblatt M 153.

Unter diesen Bedingungen war die beantragte Erlaubnis zu erteilen und die bestehende Erlaubnis wie beantragt zu verlängern, da bei Beachtung der festgesetzten Nebenbestimmungen sichergestellt ist, dass die sich aus § 57 Abs. 1 WHG ergebenden Pflichten erfüllt werden und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen. Die Festsetzung von Nebenbestimmungen erfolgte auf der Grundlage von § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG i. V. m. § 13 WHG und war erforderlich, um nachteilige Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt und die Grundwasserbeschaffenheit im Sinne von § 5 Abs. 1 und § 48 Abs. 1 WHG - soweit vorhersehbar - zu verhüten, zu mindern oder auszugleichen sowie die berechtigten Interessen Dritter zu berücksichtigen.

Die Erlaubnis wurde auf der Grundlage von § 36 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG erneut befristet (I.2.). Die Befristung ist erforderlich, um der zuständigen Wasserbehörde ausreichend Handlungsspielraum zur Ausübung ihres Bewirtschaftungsermessens und bei Änderungen des Standes der Technik zu eröffnen. Über die Bemessung der Frist bestehen keine Rechtsvorschriften. Sie muss sich an den Belangen des Allgemeinwohls orientieren und auch dem Interessenausgleich der Beteiligten dienen (vgl. Czychowski/Reinhardt, Wasserhaushaltsgesetz Kommentar, § 13 Rn. 18, 11. Auflage, Verlag C. H. Beck, München 2014). Die gewählte Frist von 25 Jahren ist insofern angemessen, als dass sie sich an der durchschnittlichen Nutzungsdauer von Versickerungsanlagen orientiert und dem Bauherrn eine relativ lange Sicherheit für die Niederschlagswasserbeseitigung gewährt wird. Andererseits ermöglicht die Befristung eine Überprüfung der Entscheidung im Kontext der bis dahin gesammelten Überwachungsergebnisse.

Mit einem gezielten Einbringen von Wässern in verunreinigte Auffüllungen/Böden oder Altlasten ist die Mobilisierung von Schadstoffen und somit eine schädliche Beeinflussung der Grundwasserbeschaffenheit zu besorgen. Eine gezielte Versickerung in verunreinigte Auffüllungen/Böden ist daher auszuschließen (2.7).

Die dauerhafte oberirdische Kennzeichnung der unterirdischen Versickerungsanlage durch Beschilderung (2.8) dient der Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Wartung und Unterhaltung der Anlagen und ermöglicht ein gezieltes Handeln bei etwaigen Havarien im Einzugsbereich der Versickerungsanlagen, da Jedermann kenntlich gemacht wird, dass sich an dieser Stelle eine solche (nicht sichtbare) Anlage befindet.

Die regelmäßige Kontrolle und Wartung der Versickerungsanlagen (2.10) ist zur dauerhaften Gewährleistung ihrer Funktionssicherheit und zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Grundwassers und Dritter erforderlich.

Die geforderten Informationen und Unterlagen bei Inbetriebnahme und Störfällen (2.9 und 2.11) sind erforderlich, um der Wasserbehörde die Überwachung der Anlagen und der Einleitung zu ermöglichen.

Der Vorbehalt nachträglicher Nebenbestimmungen und des Widerrufs (III.3.) erfolgt auf der Grundlage von § 13 Abs. 1 und § 18 WHG.



Die unter Pos. I.2. getroffene Kostenentscheidung begründet sich in § 118 Satz 1 SächsWG i. V. m. §§ 3 und 9 SächsVwKG. Die Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagen durch die Landeshauptstadt Dresden erfolgt in der Funktion als untere Wasserbehörde als Weisungsaufgabe. Die Höhe der Verwaltungsgebühr bestimmt sich entsprechend § 4 Abs. 1 SächsVwKG i. V. m. Tarifstellen 2.1.7.1 der laufenden Nummer 100 (Wasserrecht) des 10. SächsKVZ. Für die Festsetzung der Gebühr für die wasserrechtliche Erlaubnis ist ein Gebührenrahmen von 250 Euro bis 10 000 Euro vorgegeben. Der Gebührenermittlung liegen der tatsächlich entstandene Verwaltungsaufwand (3,5 Stunden höherer Dienst) und die Dauer der Befristung (25 Jahre) zu Grunde. Die festgesetzte Gebühr berücksichtigt angemessen und ausreichend die Bedeutung des Gegenstandes, das öffentliche Interesse und den entstandenen Verwaltungsaufwand.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Landeshauptstadt Dresden zu erheben. Der Hauptsitz befindet sich im Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden.

im Auftrag



Lindner
Sachbearbeiterin

Anlagen

Kostenlegung

Hinweise

Abkürzungsverzeichnis

Antragsunterlagen



Hinweise

- Eine Verlängerung der Befristung der wasserrechtlichen Erlaubnis kann rechtzeitig, d. h. spätestens sechs Monate vor Ablauf der Befristung bei der zuständigen Wasserbehörde beantragt werden.
- Die Erlaubnis gewährt die widerrufliche Befugnis, durch Versickerung das Grundwasser zum Zweck der Niederschlagswasserbeseitigung zu benutzen. Die Erteilung der Erlaubnis beinhaltet nicht die Gewährleistung für die Versickerungsfähigkeit des Untergrundes im Bereich der Versickerungsanlagen. Baustatische und bodenstatische Belange wurden im Zusammenhang mit der Versickerung nicht überprüft.
- Nachträgliche Änderungen in den für diese Entscheidungen verbindlichen Planungsunterlagen, die nicht durch Nebenbestimmungen veranlasst werden, führen zur Ungültigkeit der Entscheidung. Dies gilt auch bei Zuschlag auf ein von der Planung abweichendes Nebenangebot.
- Geht die Erlaubnis und Genehmigung mit der Wasserbenutzungsanlage oder dem Grundstück auf einen Rechtsnachfolger über, so hat dieser den Übergang der zuständigen Wasserbehörde innerhalb von drei Monaten anzuzeigen (§ 8 Abs. 2 SächsWG).
- Die ständige Kontrolle der Einhaltung der in dieser wasserrechtlichen Entscheidung festgesetzten Nebenbestimmungen obliegt dem Inhaber der Entscheidung.
- Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass - unbeschadet der Wahrnehmung der allgemeinen Sorgfaltspflicht durch die zuständigen Behörden - die Verantwortung für Schäden jedweder Art, die im Zusammenhang mit dem Bau und dem Betrieb von Versickerungsanlagen entstehen, beim Inhaber der wasserrechtlichen Entscheidungen liegt. Auf § 23 SächsNRG wird verwiesen.
- Den Mitarbeitern der Landeshauptstadt Dresden, Umweltamt ist gemäß § 101 WHG jederzeit Zutritt zu den Anlagen zu gewähren.
- Diese Entscheidung wird in das Wasserbuch nach § 87 WHG eingetragen. Die Wasserbücher im Freistaat Sachsen werden nach § 88 SächsWG elektronisch geführt. Die in den Wasserbüchern enthaltenen Informationen werden landeseinheitlich zum Abruf im Internet bereitgestellt.

Die aufgeführten Hinweise erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.



Abkürzungsverzeichnis

WHG	Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist
SächsWG	Sächsisches Wassergesetz vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344) geändert worden ist
SächsVwVfZG	Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) geändert worden ist
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist
DWA-M 153	DWA Regelwerk, Merkblatt DWA-M 153 Handlungsempfehlung zum Umgang mit Regenwasser, Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V., Hennef, August 2007
SächsVwKG	Sächsisches Verwaltungskostengesetz vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245)
10. SächsKVZ	Zehntes Sächsisches Kostenverzeichnis vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. November 2023 (SächsGVBl. S. 870) geändert worden ist
SächsNRG	Sächsisches Nachbarrechtsgesetz vom 4. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 446)

